

### Zwei Ausschüsse.

Aus dem Wust der Ereignisse, der Ausdrücke und der Kompromißversuche in Genf schied sich zwar noch etwas Nebelhaft, aber doch immerhin erkennbar die Umrisse der neuen Vorschläge aus, die die ehemaligen Ententestaaten Deutschland als Preis für ein Einigenkommen in der Rheinlandfrage anbieten. Wenn auch die Einzelheiten dieser Vorschläge noch nicht vorliegen, so läßt doch das Grundprinzip, von dem sie getragen sind, erkennen, daß sie dem deutschen Rechtsstandpunkt nach einer bedingungslosen Räumung des Rheinlandes nicht Rechnung tragen. In dieses Grundprinzip an und für sich schon höchst bedenklich, so wird die ganze Angelegenheit noch gefährlicher, weil Deutschland zugunsten werden soll, sich mit diesem Grundprinzip einverstanden zu erklären, noch bevor es die näheren Ausführungsbedingungen erfahren hat.

Die Vorschläge der ehemaligen Alliierten konzentrieren sich auf die Einsetzung von zwei Ausschüssen. Der zweite Ausschuss soll erst im Herbst zusammentreten, er soll sich in der Hauptsache mit der Prüfung der Reparationsfrage befassen. Was allein schon besagt, daß die Dauer der Arbeiten dieses Ausschusses auf eine unbeschränkte Zeit sich belaufen wird. Da von seinem Ergebnis erst abhängig werden wird, ob die Gesamtsumme vorzeitig erfolgen soll oder nicht, so heißt das mit anderen Worten, daß Deutschland, wenn es sich mit der Einsetzung dieses Ausschusses einverstanden erklärt, sich gleichzeitig auch selbst für eine weitere Hinauszögerung der Lösung in der Räumungsfrage auspricht. Diese Tatsache allein ist schon ein genügender Beweis dafür, daß der zweite Vorschlag dem deutschen Interesse recht wenig dient.

Entscheidend bedenklicher als der Vorschlag des zweiten Ausschusses ist die Zustimmung der Gegenseite Deutschlands, einen Ausschuss einzusetzen, der die Aufgabe hätte, die Funktionen zu übernehmen, die in Artikel 4, Absatz 1 des Locarno-Pactes dem Völkerbundrat zugewiesen sind. Frankreich und seine ehemaligen Verbündeten im Weltkrieg behaupten, daß ein solcher Ausschuss keineswegs aus dem Rahmen des Versailles-Vertrages und des Locarno-Pactes herausfalle und daß er im Grunde genommen weiter nichts sei als ein natürlicher Ausbau der vertraglich festgelegten Verpflichtungen. Diese Behauptung ist unrichtig. Aus der ganzen Art und Weise, wie die Pariser Presse die Frage des vorgeschlagenen „Prüfungsausschusses“ (das Wort Kontrollauschuss wird sorgsam vermieden) gebt hervor, daß die verantwortlichen Väter dieses Vorschlages diesen Ausschuss als eine dauernde Einrichtung erkennen. Die Einsetzung eines Dauer-ausschusses zur Kontrolle der entmilitarisierten deutschen Rheinlande würde aber unbedingt die Bestimmungen des Versailles-Vertrages erweitern, die eine Besetzung des Rheinlandes nur bis zum Jahre 1937 festlegen, für die Zeit darüber hinaus aber keine Kontrolle mehr vorschreiben. Von französischer Seite wird zwar darauf hingewiesen, daß die Prüfungsarbeiten dieses Ausschusses sich auf beiden Seiten der Grenzen zu erstrecken hätten, wodurch auch Deutschland die Möglichkeit einer Sicherheitsgarantie gegeben werde. Man wird es den deutschen verantwortlichen Staatsmännern nicht verübeln können, wenn sie diese Möglichkeit höchst skeptisch bewerten. Besten Endes kommt es ja auf den Sinn der Arbeiten dieses Ausschusses an, und der Sinn, der ihm von Frankreich gegeben wird, heißt ja auch nur „Kontrolle des deutschen Rheinlandes“, was die Annahme bekämpft, daß die deutsche Gleichberechtigung im Ausschuss nur ein Käsestück darstellt, das im Grunde genommen den Zweck dieses Ausschusses und seinen tieferen Sinn wenig beeinträchtigt.

Wenn die Vorschläge der Einsetzung der beiden Ausschüsse den Preis darstellen, den Deutschland zu zahlen hat, so wird sich das deutsche Volk mit Recht fragen können, was es sich nun eigentlich mit der Zahlung dieses Preises an neuen Werten einhandelt. Prüft man noch so genau das angebliche Einigenkommen Frankreichs, so wird man doch immer und immer wieder zu der Feststellung kommen müssen, daß Paris unter einem Einigenkommen in der Räumungsfrage nur und allein eine baldige Räumung der zweiten Zone versteht. Das geht schon daraus hervor, daß die Frage einer Räumung der dritten Zone erst dann akut werden soll, wenn der schon erwähnte zweite Ausschuss mit seinem Reparationsproblem zu einem Ergebnis gekommen ist, also in einer Zeit, die heute noch recht fern liegt. Stellt man sich nun die Höhe des Preises, den Deutschland zahlen soll, und den Wert der französischen Gegenleistung hierfür vor Augen, so wird man sofort das gänzlich Untragbare des „Geschäfts“ für Deutschland erkennen. Das Reichskabinett ist am Sonnabend in Berlin zu einer Sitzung zusammengetreten, in der die ganzen Genfer Kompromißvorschläge sehr eingehend durchgesprochen wurden. Wenn auch die Verhandlungsart des Reichskanzlers Herrmann Müller in Genf im Kabinett vollste Billigung fand, so will das doch nicht heißen, daß man in Berlin das bis jetzt bekannt gewordene Konkrete der Genfer Kompromißvorschläge als tragbar mit dem deutschen Interesse bewertet. Da noch vollste Unklarheit über die Zusammenhänge, die Zusammenhang und die Dauer des vorgeschlagenen Ueberwachungs-ausschusses herrscht, so besagte dies schon von vornherein, daß der Kabinettsrat in Berlin zu einer endgültigen Entscheidung zu den Dingen in Genf noch gar nicht in der Lage war. Das Deutschland zunächst fordern muß, ist eine genaue Präzisierung der Vorschläge der Gegenseite. Erst dann wird sich die Reichsregierung darüber klar werden können, ob sich aus diesen Vorschlägen etwas herausarbeiten läßt, was die Räumungsfrage im deutschen Sinne löst, gleichzeitig aber auch den deutschen Rechtsstandpunkt in vollstem Maße wahrt.

### Die Frage der Rheinlandräumung im französischen Ministerrat.

Paris. (Telephon.) Ueber die Ausführungen Brandaus im Ministerrat will das Echo de Paris wissen: Der französische Außenminister habe seinen Kollegen einen Auszug seiner bekannten Rede gegeben und sei für diese von Poincaré und allen Ministern beglückwünscht worden. Das Kabinett hat folgende Punkte festgelegt:  
1. Die Einigkeit unter den Vertretern der 5 an der Rheinlandfrage interessierten Mächte über die Unmöglichkeit einer Verhandlung, die nicht die Frage der Reparationen und der Schulden umfaßt, ist vollständig. Wünscht Deutschland, daß das Rheinland befreit wird, so entsteht die Frage: In welchen Grenzen und in welchem Umfang?  
2. Die Minister sind sich einig über die Richtlinien, die Brandaus in Genf im Anschluß an diejenigen Erörterungen einhalten soll, die bei den Besprechungen vom Dienstag und Donnerstag stattgefunden haben.  
3. Gleichfalls ist über die in Genf zu erzielende Antwort bezugl. der Bildung einer finanziellen und juristischen Sachverständigen-Kommission, die das Reparationsproblem zu studieren hat, Einigung erzielt worden, sowie über die Bedingungen unter denen ein Entwurf für eine verbindliche Ver-

## Nach heute kein Aufstieg des „Grafen Zeppelin“.

Friedrichshafen. (Von Sonderberichterstatter des WZ.) Nach am heutigen Montag morgen gab es in Friedrichshafen eine Enttäuschung. Das Luftschiff wird auch heute noch nicht fliegen. Die erste Probefahrt ist wieder verschoben worden. Das Wetter hat sich nämlich erneut verschlechtert, es regnet in Friedrichshafen, und wenn auch der Regen keine Bedeutung hat, um so mehr der Ostwind, von dem der Regen begleitet ist. Vom Reichsverkehrsministerium ist inzwischen die generelle Genehmigung für Fahrten mit Zeppelin als Verkehrsmittel eingeleitet.

Dr. Edeker erklärte dem Sonderberichterstatter des WZ., daß er den heutigen Tag dazu benutzen werde, gewisse technische Fragen dem Reichsverkehrsministerium und der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt gegenüber zu erklären. Er ist überzeugt, daß dann auch die Genehmigung für Fahrten mit dem neuen Zeppelin erteilt werden wird, zumal die Zeppelin-Gesellschaft bereits vorher (sozial) Versuche mit dem neuen Zeppelin gemacht hat, daß der Antrieb des Luftschiffes mit ihm, nach Auflassung der Hochleistung der Zeppelin-Gesellschaft, sogar sehr viel sicherer ist als mit Benzol. Für die ersten Fahrten war allerdings Benzol sowieso vorgesehen, da bekanntlich das Triebgas nicht in ausreichendem Maße vorhanden ist und deshalb für die großen Fahrten ansatzweise werden soll. Dr. Edeker hofft jedenfalls, im Laufe des heutigen Tages alle Schwierigkeiten zu klären, die mit dem amtlichen Zulassungsgeschehen noch bestehen. Er gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die amtlichen Berliner Stellen selbst das Bestehen nach einer baldigen Klärung am Ausbruch bringen. So wie die Dinge im Augenblick liegen, kann man wohl annehmen, daß die erste Fahrt des „Grafen Zeppelin“ am morgen, spätestens übermorgen stattfinden wird. Inzwischen wird sich nach Ansicht der Wettervorhersagen auch das Regenwetter, das über den nördlichen Teilen Deutschlands liegt, ausgewirkt haben.

### „Graf Zeppelins“ schmerzlicher Start

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ muß befruchtlich zu seiner ersten Fahrt auf günstigeres Wetter warten. Diese

lunas- und Veröhnungspolitik“ ausgearbeitet werden könnte.

4. Wir ergreifen nicht die Initiative der Verhandlungen. Wir überlassen es den Deutschen, uns Vorschläge zu formulieren, in denen wir klar zu erkennen geben, daß Frankreich die Frage der Räumung der rheinischen Gebiete und die Frage der Reparationen als eng verbunden betrachtet. Man erwartet einen klaren Vorschlag Deutschlands.

### Baris über das Genfer Communiqué.

Paris. Wie Paris aus Genf meldet, hat Minister des Neuen Brand das offizielle Communiqué über die getriggerte Sitzung des Sechser-Ausschusses kommentierend seine Kritik über den glücklichen Ausgang dieser Verhandlungen zum Ausdruck gebracht, die, wie er erklärte, die allgemeine Liquidation der alten Streitfragen erlauben würden. Die Räumung werde erst erfolgen, wenn die Einigung über die aufgeworfenen Fragen erzielt sein würde; aber schon jetzt dünne er lassen, er sei glücklich über die Herzlichkeit und das gegenseitige Vertrauen, die bei der Beratung herrschten. Die Tatsache, daß dieser Beratung ein Frühstück folgte, an dem alle Vertreter der interessierten Mächte teilnahmen, sei ein Zeichen dafür, daß der Charakter dieser Besprechung der gleiche geblieben ist.

### Der Reichspräsident in Oppeln.

Oppeln. (Funkspruch.) Reichspräsident v. Hindenburg ist mit dem sehrplanmäßigen Zuge von Berlin kommend um 7.30 Uhr in Oppeln eingetroffen. Der Salonwagen wurde um 7.40 Uhr auf das erste Gleis geleitet. Inzwischen hatten sich die Spitzen der Behörden sowie der Romanneur des Wehrkreises General Hoffe eingefunden. Unter dem Jubel der Bevölkerung erschien der Reichspräsident bald auf dem Bahnhofsvorplatz, wo ihm das Tochterchen des Oberpräsidenten Dr. Probst einen Blumenstrauß überreichte. Während Schritt der Reichspräsident die Ehrenkompanie ab, worauf Oberpräsident Dr. Probst den Reichspräsidenten in einer kurzen Ansprache begrüßte, der in der Erwiderungsansprache betonte, es sei schon lange sein Wunsch gewesen, Oberpräsident zu besuchen. Er freue sich, nunmehr das Bestmögliche nachholen zu können. Die Herren beschleunigten die bereitgestellten Automobile, um unter den beglücktesten Hochrufen der dichtgedrängten Menschenmenge die Fahrt ins Industriegebiet anzutreten. Bis zur Stadtgrenze bildeten die Oppelner Vereine, Innungen, Feuerwehr, Eisenbahner und Schüler Spalier.

### Stahlhelmumgebung am Rhein.

Krefeld, 16. September. (Telephon.) Am Sonnabend und Sonntag hielt der rheinische Stahlhelm in Krefeld seinen ersten Landesverbandstag ab, zu dem außer dem politischen Leiter des Bundes, Dr. Braumüller, auch der Gründer und erste Bundesführer, Franz Selbte, erschienen war. Die Verhandlungen begannen mit einem festlichen Stahlhelmabend in der Stadthalle, wo nach einer Ansprache des Landesverbandführers von Los, der das politische Programm des Bundes entwickelte, der Bundesführer das Wort ergriff. In Ergänzung seiner Düsseldorf-Rede am Freitag führte Selbte aus: „Die Befreiung, die wir uns zum Ziele gesetzt haben, kann nicht erkauft werden im Streifmannischen Sinne. Sie muß durch harte, scharfe Arbeit erzwungen werden. Wir sind bereit, viele Jahre unentwegt für Deutschlands Freiheit zu kämpfen. Weil wir heute bemußte Politik treiben als Träger der deutschen Freiheitsbewegung, darum können wir dem nicht zustimmen, was man in Genf als deutsche Politik zu vertreten magt. Wir bieten unsere Kräfte nicht mehr an, sondern nun marschieren wir dorthin, wo die Weichte des Staates gelenkt werden. Wir grüßen unsere Brüder im Osten, für die wir Lebenstraum und Lebensrecht erkämpfen wollen. Hinter all unserem Wollen steht die unerschütterliche Gewißheit: Wenn wir auch selbst das Licht der Freiheit nicht mehr schauen sollten, so wird doch ein Tag der Jungstahlhelm, dem wir die Fackel reichen, in ihrem Glanze stehen.“

Den Abschluß der Sonnabendveranstaltungen bildete ein großer Fackelzug, dem der Papstkreuz folgte. Der Sonntag fand im Zeichen des Massenmarsches des rheinischen Stahlhelms. Ungefähr 8000 Personen traten zu dem Stahlhelmmarsch auf der Stadtwaldwiege an, wo der Bundesführer Selbte noch einmal den Willen des Stahlhelms zur Freiheit betonte. Mit einem Vorbeimarsch fand der Landesverbandstag am Nachmittag sein Ende. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen.

durch die Startverschiebung von Samstag auf Montag so recht deutlich geworden Tatsache wird nun allseits als Beweismittel für eine geringe Eignung des Luftschiffes zu einem regelmäßigen Verkehr ins Feld geführt, was umso größer ist, als es gerade die Aufgabe dieses „Luftschiffes des deutschen Volkes“ sein soll, die Möglichkeit eines regelmäßigen Luftschiffverkehrs selbst über Rechte hinweg zu beweisen. Es liegt hier ein scheinbarer Widerspruch vor, den aufzuklären gerade jetzt nötig ist. Auch die Ausführungen Dr. Edekers vor den Pressevertretern am Freitag scheinen bei oberflächlicher Betrachtung diesen Widerspruch zu enthalten. Er sprach zunächst von der genervierten ausgezeichneten Wetterlage für Probefahrten und betonte dann zum Schluß, daß nur bei Windstille oder bei ganz leichten Winden ausgefahren werden könne; und doch ist beides richtig. Dieses Herbstwetter mit seinen geringeren Temperaturschwankungen ist in mancher Hinsicht dem hochsommerlichen Wetter vorzuziehen. Die eigentliche Ursache für die Startverschiebung ist also keineswegs das Wetter, sondern die Halle. Eine genügend große Betriebshalle würde selbst bei einigen Seitenwinden eine gefahrlose Ausfahrt gestatten. Diese Halle ist aber so eng, daß selbst bei verhältnismäßig ruhigem Wetter das Schiff nur mit größter Vorsicht aus der Halle gebracht werden kann. Das gleiche gilt natürlich für das Zurückbringen in die Halle. In der Luft wird das Schiff selbst Stürmen trotzen können. In einem modernen Luftschiffbau gebührt aber notwendigerweise ein moderner Luftschiffhafen, den es bis jetzt leider noch in keinem Lande gibt. England hat zwar für seine geplanten Verkehrslinien moderne Anlagen im Bau, die zum Teil unmittelbar vor der Rollbahnung stehen. Der einzige amerikanische Hafen in Lakehurst entspricht aber wegen seiner unglücklichen meteorologischen Lage keineswegs den Ansprüchen für den Luftschiffverkehr. So wird „Graf Zeppelin“, was die Unterbringung anlangt, bis auf weiteres auf Notbehelfe angewiesen sein; wenn es ihm trotzdem gelinzt, seine Fahrten planmäßig durchzuführen, werden die Leistungen seiner Erbauer, seiner Führer und seiner Besatzung umso höher zu werten sein.

### Die Schlußtagung des Deutschen Juristentages.

Salzburg, 15. September. In der heutigen zweiten Plenarsitzung des 85. Deutschen Juristentages, die gleichzeitig die Schlußtagung darstellte, wurden die Berichte über die Arbeiten in den einzelnen Sektionen und die von den einzelnen Abteilungen beschlossenen Leitsätze und Richtlinien zu den verschiedenen Verhandlungsthemen von der Versammlung ohne Diskussion genehmigt. Mit besonderem Beifall wurde die Mitteilung über das Abstimmungsresultat in der Verwicklungsfrage und die gemeinsamen Leitsätze der deutschen und österreichischen Gutachter und Berichterstatter über die Vorschläge betreffend die Haushalte des Reiches und der Länder aufgenommen.

Die Schlußansprache der beiden Präsidenten der Tagung fand in das Ergebnis aus, unerfährterlich an dem großen Wert der Rechtsangleichung in Deutschland und Österreich weiter zu arbeiten. Als Dr. Nagel in dankerfüllten Worten die hervorragende Tätigkeit von Weimer-Rahl auf diesem Gebiet würdigte und ihn als getreuen Eckpfeiler feierte, erhoben sich die Versammlungsteilnehmer von ihren Plätzen und bereiteten Weimer-Rahl eine minutenlang währende überaus herzliche Ovation, für die der Geehrte mit bewegten Worten dankte mit der Versicherung, daß er für das hohe Ziel: „Ein Recht, eine Freiheit in einem Reich“ kämpfen werde, solange ihm dazu die Kraft von Gott gegeben werde.

An Stelle des verstorbenen Grazer Universitätsprofessors Dananiet wurde der Präsident der Rechtsanwaltskammer in Innsbruck Dr. Hämmerle in die Ständige Deputation berufen, als weitere Mitglieder wurden Landesgerichtsdirektor Dr. Wunderlich-Weipig und Ministerialrat Dr. Schlegelberger, vom Reichsjustizministerium in Berlin, gewählt, alle anderen bisherigen Mitglieder wurden wiedergewählt.

### Besprechungen des Rechtsausschusses der deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaft.

Salzburg. Anlässlich des Juristentages fand hier auch eine Aussprache über in Salzburg anwesenden Mitglieder des Rechtsausschusses der deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaft unter dem Vorsitz des Reichsministers A. D. Schiffer statt. Namens der österreichischen Mitglieder begrüßte der Vizepräsident des Österreichischen Bundesrates Professor Dr. Hugelmann die Erdoisener. Die Vorsitzenden der einzelnen Unterausschüsse der Arbeitsgemeinschaft berichteten über die bisherige Tätigkeit und die Aufgaben der nächsten Zukunft.

### 90. Versammlung

### deutscher Naturforscher und Ärzte.

Hamburg, 16. September. In Anwesenheit von Vertretern des Reiches, darunter des Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes, Hamel, der Länder und ausländischer Staaten wurde heute nachmittag in der bis auf den letzten Platz gefüllten Ernst-Merk-Gaube des Zoologischen Gartens die 90. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte, zu der etwa 10 000 Teilnehmer aus dem In- und Auslande zusammengekommen sind, feierlich eröffnet. Nach einem Auftaktvortrag des Hamburger Vizepräsidenten hieß der erste Geschäftsführer der Tagung, Professor Wlaschke, in seiner Eigenschaft als Rektor der Hamburgischen Universität die Versammlung willkommen; einen besonders warmen Gruß entbot er den Freunden aus Österreich und den Auslandsdeutschen. Die Grüße des Hamburger Senats überbrachte Bürgermeister Dr. Heterlein, der u. a. mitteilte, daß der Senat für alle diejenigen, die sich um die Vorbereitung der Versammlung Verdienste erworben haben, eine Erinnerungsmedaille gestiftet habe, deren erstes Exemplar er dem ersten Vorsitzenden der Gesellschaft, Prof. Dr. von Eiseleberg-Wien, unter lebhaftem Beifall der Versammlung überreichte. Professor von Eiseleberg-Wien unterrichtete in seiner Ansprache die ungetrennbare Zusammengehörigkeit von Arzt und Naturforscher; er schloß: „Die Versammlungen der deutschen Naturforscher und Ärzte haben auch einen nationalen Charakter, insofern sie das gesamte naturwissenschaftliche und ärztliche Deutschland darstellten. Die Verbändnisse, wie sie hier jetzt sind, erinnern in mancher Beziehung an jene, die bei Gründung unserer Gesellschaft maßgebend waren. Kommt doch auf dieser Versammlung unwillkürlich der Gedanke der engen geistigen Zusammengehörigkeit aller deutschen Stammesbrüder besonders lebhaft zum Ausdruck.“

Im Anschluß an den Festakt erfolgte die Eröffnung der mit der Tagung verbundenen, reich besuchten Tagungs-Konferenz.